

Konferenz zur Zukunft Europas in Berlin: Europa nicht ohne die Bürger!

Mehr Demokratie organisiert zusammen mit den EU-Democrats, Democracy International und dem Netzwerk Dreigliederung die internationale Konferenz „Europe – Not without the people!“.

Der Kongress findet vom 23. bis 25. März in Berlin statt, zeitgleich mit der offiziellen Feier zum 50jährigen Bestehen der Römischen Verträge, die als Gründungsakt der EU gelten.

Ziel der Konferenz ist es, die demokratischen Defizite der Europäischen Union und des EU-Verfassungsprozesses aufzu-

zeigen und so einen kritischen Kontrapunkt zur offiziellen Jubelfeier zu setzen. Vor allem im Hinblick auf den Verfassungsprozess, den die Deutsche Ratspräsidentschaft wieder ankurbeln will, wird die Konferenz ein demokratisches Vorgehen anmahnen.

Als Referenten konnten unter vielen anderen Karl Albrecht Schachtschneider, Etienne Chouard und Susan George gewonnen werden.

Weitere Informationen zur Konferenz unter: www.berlin2007.org.



Mehr Demokratie in Zahlen

4.261 Mitglieder und Förderer tragen den Verein.

Zusätzlich unterstützen uns rund **1.960** Menschen mit Spenden

Der Bundesverband hat im Jahr 2006 etwa **381.000** Euro umgesetzt, die Landesverbände in etwa noch einmal denselben Betrag. Das Geld kommt aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und von Stiftungen. Staatliche Gelder bekommen wir nicht.

25 freie Mitarbeiter organisieren die Aktionen und Kampagnen in unseren Büros in Bremen, Berlin, Hamburg, Köln, München, Stuttgart und Brüssel. Sie werden unterstützt von vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern und Praktikanten.

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4 10405 Berlin
Tel. 030 - 420 823 -70 Fax -80

info@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Konto 88 58 105
BLZ 700 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Mehr Demokratie

Bitte vormerken: Termine 2007

Europa-Konferenz
23.-25.03.2007, Berlin

Mitgliederversammlung
28.04.2007, Kassel

Die EU von innen
(Mitgliederfahrt nach Brüssel)
17.-19.05.2007

Jahrestagung
13.-15.07.2007, Eisenach

Jahressitzung des Kuratoriums
5.-6.10.2007, Eisenach

Mitgliederversammlung
am 13.10.2007, Kassel

Änderungen Vorbehalten!
Informationen unter Tel. 089-8211774
Weitere Termine:
www.mehr-demokratie.de

JAHRESBERICHT Mehr Demokratie 2006

Liebe Mitglieder und Förderer, liebe Freundinnen und Freunde,

während wir noch vor einigen Jahren mit der Initiierung und Durchführung des einen oder anderen Volksbegehrens völlig ausgelastet waren und uns, musikalisch gesehen, zueinander und autodidaktisch auf dem Klavier der Demokratie voranklimpten, schafft es Mehr Demokratie inzwischen vier- und achthändig die Tastatur zu beherrschen und die demokratische Kultur mit neuen Melodien zu beleben.

Es ist uns gelungen, gute demokratische Verfahren zu komponieren. Wir bieten konstruktive Vorschläge zur Veränderung und Verbesserung demokratischer Strukturen. So blicken wir dieses Jahr gleich auf sieben Bundesländer (Hamburg, Bremen, Berlin, NRW, Baden-Württemberg, Thüringen), in denen Volksbegehren von uns vorbereitet, initiiert, durchgeführt oder per Volksentscheid entschieden wurden. Wir sind der stete Tropfen auf dem Stein des Bundestags, indem wir kontinuierlich mit den Abgeordneten aller Parteien im Gespräch sind. Unser Ziel ist es, endlich den Weg zu ebnet für einen bundesweiten Volksentscheid. Ein wesentlicher Beitrag zum Brückenschlag von Bürgern und Parlamentariern ist uns mit gelungen.

Dank Ihrer Hilfe ist es uns möglich Schritt für Schritt den Weg in eine demokratischere, selbstbestimmtere Gesellschaft zu ebnet. „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden kann man etwas schönes bauen“ (Goethe)

Herzlich grüßt Sie Ihre

Claudine Nieth

Claudine Nieth
Vorstandssprecherin



Hier spielt das Volk: Die Teams von Mehr Demokratie und vom FC Bundestag, letztere im deutschen Nationaltrikot.

Das Volk gegen den FC Bundestag

In den kalten ersten Novembertagen des vergangenen Jahres begab es sich zu Berlin, dass elf mehr-demokratische Männer in orangenen Trikots auf einem Fußballplatz am Prenzlauer Berg gegen den FC Bundestag antraten. „Hier spielt das Volk!“ prangte auf der Brust eines jeden Mehr-Demokraten. Die Volksvertreter aus dem Reichstag hingegen schmückten sich mit den Trikots von Klinsmanns Mannen. Bei lausiger Kälte und viel Fairplay verlor das Volk: Am Ende stand es 4:2 für die Volksvertreter. Und Kurt hatte sich beim engagierten Schuss aufs Tor sein Schlüsselbein gebrochen. Ganz anders das Spiel von Mehr Demokratie im Laufe des Jahres 2006:

We are watching you

So lautete fünfmal im Jahr 2006 das Motto im Internet. Denn insgesamt fünfmal konnten die Wählerinnen und Wähler von Landtagswahlen ihren Kandidaten im World-Wide-Web zu ihrer Politik befragen. Zu den Wahlen am 26. März 2006 startete das Online-Projekt kandidatenwatch.de in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Im September mischte kandidatenwatch.de den Wahlkampf in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern auf. In Berlin fragten im Durchschnitt rund 136 von 100.000 Wahlberechtigten ihre Kandidaten nach deren politischen Plänen. Im letzten Bun-

destagswahlkampf, als kandidatenwatch.de erstmals online ging, kamen noch 20 Fragen auf 100.000 Wahlberechtigten. 1:0 für Mehr Demokratie.

Hamburger Senat erleidet Schlappe vor Verfassungsgericht

Am 1. April 2006 kassierte der Hamburger Senat von Ole von Beust vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht eine ordentliche Niederlage. Denn das Verfassungsgericht monierte, die Änderung des Volksabstimmungsgesetzes vom Mai 2005 sei in einem Punkt verfassungswidrig: Das Verbot, einen Volksentscheid am Tag einer Bürgerschafts-, Bundestags- oder Europawahl durchzuführen, musste von der Hamburger Regierung zurückgenommen werden. 2:0 für Mehr Demokratie!

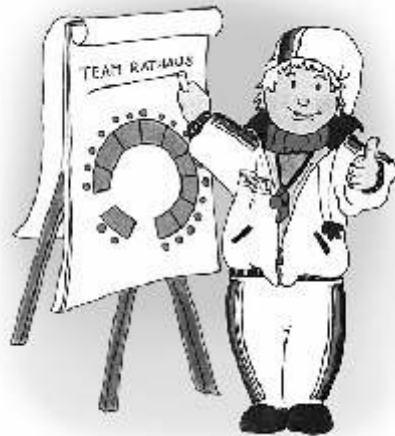
Ausweg aus der EU-Krise

Im Juni forderte Mehr Demokratie die Staats- und Regierungschefs der EU auf, Scheitern als Chance zu begreifen. Vor dem EU-Gipfel in Brüssel forderte Mehr Demokratie, die EU-Verfassung endlich als gescheitert zu akzeptieren. Statt an der alten Verfassung festzuhalten, soll ein von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählter Konvent einen neuen Verfassungsentwurf ausarbeiten, über den dann in allen EU-Staaten abgestimmt werden kann. Namhafte Staatsrechtler und Parla-

mentarier aus unterschiedlichen EU-Ländern unterstützen einen gleichlautenden Aufruf von Mehr Demokratie für einen demokratischen Konvent.

CSU verhindert mehr Demokratie

Was Bayerns Innenminister Günther Beckstein vorschlägt, findet nicht immer das Gefallen seiner Kollegen. Im Juli verhinderte die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag mehr Gerechtigkeit bei Bürgerbegehren. Sie stimmte einer Gesetzesinitiative der Staatsregierung nicht zu, nach der das Quorum bei Bürgerentscheiden abgesenkt werden sollte. Beckstein hatte initiiert, dass insbesondere das Quorum bei Gemeinden mit einer Größe von 20.000 bis 50.000 Einwohnern deutlich reduziert werden sollte. Es steht 2:1.



Absolute Mehrheit für Mehr Demokratie

84 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sprachen sich am 17. September 2006 in einer Volksabstimmung für mehr direkte Demokratie aus. Sie ratifizierten damit eine Verfassungsänderung, der im Mai schon alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses zugestimmt hatten. Mit der inzwischen in Kraft getretenen Verfassungsänderung wurden die Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide gesenkt. Außerdem ändern sich die Themen, zu denen ein Volksbegehren initiiert werden kann. Waren früher Volksabstimmungen untersagt, die sich in Themen des Berliner Landeshaushalts einmischten oder die Landesverfassung ändern wollten, so sind diese nun explizit zugelassen. 3:1 für Mehr Demokratie.



Arroganz der Macht in Hamburg unübertroffen

62 Abgeordnete der Hamburger CDU schafften am 10. Oktober 2006 im Alleingang ab, was mehr als 240.000 Hamburger Bürgerinnen und Bürger zuvor per Volksentscheid geschaffen hatten: Das neue Hamburger Wahlrecht. Mit Hilfe dieses Wahlrechts wäre sowohl bei den Hamburger Bezirkswahlen als auch bei den Bürgerschaftswahlen das Panaschieren und Kumulieren möglich gewesen. Damit hätten die Hamburgerinnen und Hamburger bestimmen können, welche Abgeordneten in die Parlamente kommen. Es steht 3:2.

Das Bremer Volk begehrt auf

71.365 Menschen in Bremen und Bremerhaven haben bis zum 18. Oktober das Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Zum ersten Mal übersprang ein Volksbegehren in Bremen damit die Unterschriftenhürde von zehn Prozent der Wahlberechtigten. Eigentlich sollte nun 2007 ein Volksentscheid zur Einführung des neuen Wahlrechts starten, doch die Bremer Politik kam dem zuvor. Am 13. Dezember folgte die Bremer Bürgerschaft den Empfehlungen ihrer Fraktionsspitzen und nahm das neue Wahlrecht an. Die 4:2-Führung!

Mehr Demokratie beim Wählen

Am 21. Oktober fiel die Entscheidung: Im kommenden Frühjahr startet in Nordrhein-Westfalen die Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“. Mit dieser Initiative soll auch im bevölkerungsreichsten Bundesland ein Wahlrecht durchgesetzt werden, bei dem die Wähler größeren Einfluss auf die Zusammensetzung der Stadträte nehmen können. Vorausgegangen war eine mehrmonatige Info-Kampagne, bei der die Bürgerinnen und Bürger in den Städten NRWs „testwählen“ konnten.

Mehr Demokratie für Europa

Mit der European Citizens' Initiative startete am 9. November 2006 eine europaweite Unterschriftenaktion für Mehr Demokratie in Europa. Ziel der Kampagne ist die Einführung eines europäischen Bürgerinitiativrechts. Mit Hilfe einer solchen Volksinitiative könnte die europäische Kommission von den Bürgerinnen und Bürgern der EU aufgefordert werden, ein Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen.

Sieg für Demokratie in Dresden

Auch der Stadtrat von Dresden wurde am 9. November aktiv. An diesem Abend senkte er das Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren von 15 auf fünf Prozent. In Sachsen sieht die Gesetzeslage vor, dass eine Änderung des Unterschriftenquorums durch die kommunalen Vertretungen vorgenommen werden kann, indem die Hauptsatzung geändert wird. 5:2 für Mehr Demokratie.

Des Volkes Wille darf nicht ignoriert werden

Verfassungsklage gegen Wahlrechtsänderung: Die Bürgerschaftsfraktionen von SPD und GAL in Hamburg sowie Mehr Demokratie haben im Dezember Klage gegen das von der CDU geänderte Wahlrecht beim Hamburgischen Verfassungsgericht eingereicht. Die 40-seitige Klageschrift wurde von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Prof. Ernst Gottfried Mahrenholz erstellt, der als einer der angesehensten deutschen Wahlrechtsexperten gilt. 6:2 für Mehr Demokratie.

Das Volk fragt an

Bundestagsabgeordnete unter Beobachtung: Am 8. Dezember 2006 startet das Online-Portal abgeordnetenwatch.de. Was in Hamburg seit zwei Jahren möglich ist, gibt es seither bundesweit: Bürger können allen 614 Bundestagsabgeordneten ab sofort im Internet zu allen möglichen Themen Fragen stellen. Sowohl die Fragen als auch die Antworten sind für alle Besucher der Web-Seite www.abgeordnetenwatch.de einsehbar und damit öffentlich zugänglich. 7:2 für Mehr Demokratie!

Fazit

Das Jahr war durchaus erfolgreicher, als unser Fußballspiel vermuten lässt. Doch wir halten es da ganz mit der alten Fußballweisheit: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.“ Es gibt weiterhin viel zu tun...

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

2006 stand in Baden-Württemberg die Unterschriftensammlung für den Zulasungsantrag des Volksbegehrens „Bessere Bürgerentscheide“ auf der Tagesordnung. Mit zwei Demokratietouren, einem landesweiten Aktionstag am 11. März kurz vor der Landtagswahl und mit dem „Gütezeichen Direkte Demokratie“ mischte sich der Landesverband in den Wahlkampf ein. Nun ist 2008 das erste Volksbegehren in Baden-Württemberg in Sicht. Weitere Informationen unter: www.mitentscheiden.de.

Bayern

2006 war in Bayern ein schwarzes Jahr für die Demokratie. Nicht nur, dass die Volksgesetzgebung nicht reformiert wurde, die CSU verhinderte auch ein Informationsfreiheitsgesetz. Der Landesverband macht sich als Mitglied des Aktionsbündnisses „Informationsfreiheit für Bayern“ weiterhin für ein solches Gesetz stark. Lediglich ein Umweltinformationsgesetz durfte in Bayern in Kraft treten.

Berlin/Brandenburg

Paralell zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses fand im September der erste Berliner Bürgerentscheid statt. Die Bürger des Bezirks Lichtenberg stimmten dafür, dass ein Gymnasium erhalten bleibt und nicht zusammengelegt wird, wie es die Politik zuvor beschlossen hatte.

Bremen/Niedersachsen

Der Landesverband Bremen/Niedersachsen war 2006 in erster Linie mit dem Volksbegehren für ein neues Wahlrecht beschäftigt. Weitere Informationen hierzu unter www.neues-wahlrecht.de.

Hamburg

Mit den Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“ und „Stärkt den Volksentscheid“ will Mehr Demokratie in Hamburg die Demokratie zurückerobern und weiter ausbauen. Zum einen soll mit Hilfe eines Volksbegehrens die Bindungswirkung von Volksentscheiden verankert werden. Außerdem sollen die Zustimmungsqeuoren gesenkt werden. Das andere Volksbegehren will die Einschränkungen der Hamburger Volksgesetzgebung rückgängig machen, die die CDU schon 2005 vorgenommen hat. Unterschriften dürfen seither

nicht mehr frei gesammelt werden, sondern können nur noch per Amtseintragung oder Briefwahl abgegeben werden. Vom 13. Februar bis 5. März 2007 müssen sich mindestens 62.500 Hamburger eintragen, damit sich die Bürgerschaft mit dem Gesetzentwurf befasst. Lehnt das Parlament die Volksbegehren ab, kommt es zum Volksentscheid. Weitere Infos unter www.rettet-den-volksentscheid.de

Hessen

In Hessen kümmerte sich Mehr Demokratie in erster Linie unter dem Motto „Hessen neu verfasst“ um die Verfassungskussion im Lande. Im Dezember feierte der Landesverband Hessen seinen zehnten Geburtstag.

Nordrhein-Westfalen

Ende September hat Mehr Demokratie das erste Bürgerentscheid-Ranking für NRW veröffentlicht. Hierin wurden die Abstimmungsregeln aller Städte, Gemeinden und Kreise des Landes miteinander verglichen und bewertet – mit großer Resonanz.

Schleswig-Holstein

In verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins wurde über direkte Demokratie informiert und für bundesweite Volksentscheide geworben. Intensiviert wurde die Beratungstätigkeit von Initiativen.

Thüringen

2006 war für die Demokratieentwicklung in Thüringen kein gutes Jahr. Die CDU-Mehrheit im Landtag lehnte im Dezember einen Reformvorschlag für die Entwicklung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene ab. Erarbeitet hatten den Gesetzentwurf die Oppositionsfraktionen gemeinsam mit dem Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen. Die CDU sieht keinen Reformbedarf. Dabei ist Thüringen Schlusslicht unter den Bundesländern. Im Nachbarland Bayern hat es in den vergangenen zehn Jahren 65mal mehr Bürgerbegehren gegeben als in Thüringen. Vor der endgültigen Entscheidung im Parlament hatten acht Oberbürgermeister und fünf Landräte in einem offenen Brief faire Bürgerbegehren verlangt. Vergeblich. Das Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen plant jetzt ein Volksbegehren.



Das Volk und die Abgeordneten in Aktion.

